

## Kanton soll nachrechnen

**Verkehrszahlen** Der Kanton Luzern hat bei der Planung der Spange Nord (von der inzwischen nur noch die Reussbrücke übrig bleibt) mit veralteten Verkehrszahlen gerechnet – so das Fazit einer Studie, die von der IG «Reussport Nein» in Auftrag gegeben wurde (wir berichteten). Stadtparlamentarier von SP, Grünen und GLP wollen, dass die Stadt die Schlussfolgerungen aus der Studie selber untersucht und mit den Zahlen des Kantons vergleicht.

Der Stadtrat lehnt einen solchen Alleingang ab – und die Mehrheit des Parlaments folgte ihm dabei. Der Stadtrat argumentiert, dass der Kanton ohnehin ein neues Gesamtverkehrsmodell erarbeite. In diesem Rahmen werde auch die Berechnungsgrundlage für Verkehrszahlen aktualisiert. Das Ziel sei, ein dynamisches Modell für Verkehrsprognosen zu erhalten, sagte Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula (Grüne). Die heutigen Modelle seien zu statisch und nicht in der Lage, kurzfristige Entwicklungen zu berücksichtigen. (rk)

## Grünes Licht für Bushub Littau

**Verkehr** Das Luzerner Stadtparlament hat gestern den Kredit von 4,3 Millionen Franken für die Umgestaltung des Littauer Bahnhofplatzes bewilligt. Kern des Projekts ist ein neuer Bushof, der das Umsteigen auf den Zug erleichtern soll. Effektiv muss die Stadt nur 0,8 Millionen selber bezahlen. Den Rest übernehmen der Bund via Agglomerationsprogramm sowie der Kanton Luzern. (rk)

## Begegnungszone in der Bergstrasse

**Hochwacht** Die Stadt Luzern will auf der Bergstrasse eine Begegnungszone einrichten, wie sie mittlerweile in solchen Zonen gilt Tempo 20 und Fussgänger geniessen Vortritt. Die vorgesehene Zone umfasst den Abschnitt von der Bergstrasse 19 bis 27, die Obere Bergstrasse und den Abschnitt von der Fluhhöhe 9 bis 15. Umgesetzt werden soll die Massnahme im Sommer, sofern es zu keinen Verzögerungen wegen Beschwerden kommt.

Rund 80 Bewohnerinnen und Bewohner sowie der Quartierverein Hochwacht hätten sich in einer Petition für die Begegnungszone ausgesprochen, teilt die Stadt mit. Man habe deshalb ein Verkehrsgutachten in Auftrag gegeben, das zum Schluss komme, dass sich der genannte Bereich für eine Begegnungszone eignet. Die Verkehrssicherheit werde erhöht und die Aufenthaltsqualität deutlich gesteigert.

Als bauliche Massnahmen plant die Stadt mobile Gestaltungselemente wie Sitzbänke und Pflanzentröge sowie Bodenmarkierungen. Die Pläne liegen vom 23. März bis 21. April beim Tiefbauamt auf. (std)

# Tourismus auf dem Prüfstand

Soll die Stadt weiter Luzern Tourismus subventionieren? Dabei dürfe es keine Tabus geben, finden Grosstadträte.

**Robert Knobel**

Wer heute durch die Luzerner Innenstadt läuft, kann sich kaum vorstellen, dass sich noch vor wenigen Wochen jeden Tag Tausende von Touristen auf der Kapellbrücke tummelten, während Reisecars im Minutentakt asiatische Gruppen am Schwanenplatz ausluden. Von «Overtourism» war die Rede – und von der Frage, wie viele Touristen Luzern eigentlich verträgt.

Tempi passati – 2020 wird wohl als schlechtestes Tourismusjahr seit Jahrzehnten in die Geschichte eingehen. 2020 ist auch das Jahr, in dem die Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Luzern und der Luzern Tourismus AG ausläuft. 550 000 Franken zahlte die Stadt jährlich an die Marketingorganisation. Diese Zusammenarbeit wird nun um zwei Jahre bis 2022 verlängert. Das Stadtparlament hat einen entsprechenden Kredit bewilligt. Es tat dies aber vor allem, um etwas Zeit zu gewinnen für die Erarbeitung einer umfassenden Tourismusstrategie. Der Prozess dazu wurde kürzlich gestartet – unter anderem soll eine Bevölkerungsumfrage zum Thema Tourismus durchgeführt werden.

### SP gegen Touristen aus Übersee

Für die meisten Grosstadträte ist klar, dass die Tourismusstrategie grosse Auswirkungen auf die künftige Zusammenarbeit der Stadt mit der Luzern Tourismus AG haben wird. «Ist es sinnvoll, Luzern an Orten zu vermarkten, von denen die Stadt nur per Flugzeug erreichbar ist?», fragte etwa Simon Roth (SP). Die Bearbeitung von weit entfernten Tourismusmärkten sei «nicht subventionswürdig». Als Konsequenz daraus müsse man klären, ob es überhaupt noch Subventionen beziehungsweise eine Leistungsvereinbarung mit Luzern Tourismus brauche. Auch Stadtrat Martin Merki (FDP) sagte, dass diese Grundsatzfrage Teil der «grossen Diskussion» sei, die man im Hinblick auf die künftige Zusammenarbeit mit

der Tourismusorganisation ab 2022 führen müsse.

Eine Lanze für Luzern Tourismus brach Jules Gut (GLP): «Luzern ist eine Weltmarke, und das haben wir nicht zuletzt der grossartigen Arbeit von Luzern Tourismus zu verdanken.» Aber auch er räumt ein, dass die Leute dem Tourismus zunehmend kritisch gegenüberstehen. Für ihn ist deshalb klar, dass die nächste Leistungsvereinbarung mit Luzern Tourismus die Anliegen der Bevölkerung stärker mit-

einbeziehen muss. Ihm schwebt «eine Art Gesellschaftsvertrag oder eine Tourismuscharta» vor. Auf dieser Basis könne ein Leistungsvertrag mit wirtschaftlichen Zielen aufgebaut werden. Auch für Christian Hochstrasser (Grüne) muss Luzern Tourismus stärker Teil des öffentlichen Diskurses werden – wobei er anerkennt, dass es diesbezüglich deutliche Fortschritte gegeben habe. «Sie machen es nicht schlecht», so Hochstrasser an die Adresse der Tourismusorga-

nisation. Allerdings findet auch er, dass die staatliche Förderung des Tourismus grundsätzlich diskutabel sei.

Sonja Döbeli (FDP) fordert derweil den Stadtrat dazu auf, in Sachen Tourismus stärker inhaltlich Stellung zu nehmen. Beim nächsten Reporting über die Leistungsvereinbarung mit Luzern Tourismus erwarte man eine «umfassende Analyse und nicht einfach ein unkommentiertes Wiedergeben von Zahlen und Ergebnissen».



Ein Bild, das aktuell eher Seltenheitswert hat: Touristen aus Fernost auf der Kapellbrücke.

Bild: Manuela Jans-Koch (Luzern, 7. Februar 2020)

## Spender von Wahlkampagnen sollen nicht anonym bleiben

**Parlament** Wie viel zahlen die Parteien und Kandidaten für ihren Wahlkampf? Und woher stammt das Geld? Erst vor wenigen Tagen haben die Stadtluzerner Parteien freiwillig ihre Budgets für die Wahlen vom 29. März offengelegt (wir berichteten). Künftig sollen sie sogar zur Transparenz verpflichtet sein. Das Luzerner Stadtparlament hat eine entsprechende Forderung von SP, Grünen und GLP als Postulat überwiesen.

Allerdings gibt es noch eine Hürde zu überwinden: Die kantonale Gesetzgebung erlaubt zurzeit keine kommunalen Sonderregelungen in Sachen Parteienfinanzierung. Der Stadtrat wird sich nun aber beim Kanton Luzern dafür einsetzen, dass die gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen werden.

### «Schwarze Parteikassen» im Ausland

Wie eine städtische Transparenz-Regelung im Detail aussehen könnte, ist offen. Die Vorstellungen der Parteien gehen in dieser Frage auseinander. Claudio Soldati (SP) hat insbesondere die privaten Komitees im Vi-

sier, die unabhängig von den Parteien im Wahlkampf mitmachen – teils mit viel Geld.

Auch Irina Studhalter (Grüne) findet wichtig zu wissen, welche Geldgeber die Parteien und Kandidaten unterstützen. Die heutige Intransparenz «fördert das Misstrauen in die Politik und öffnet Tür und Tor für Korruption». Transparente Politikfinanzierung sei auch in Nachbarländern selbstverständlich. Dem widerspricht Fabian Reinhard (FDP) mit Verweis auf die «berühmten schwarzen Parteikassen in anderen Ländern».

### Selbstdeklaration oder Treuhand-Prüfung

Marcel Lingg (SVP) betont, anonymes Spenden müsse weiterhin möglich bleiben, zumindest bei kleineren Beträgen. Mirjam Fries (CVP) mahnt derweil, der Aufwand für eine Transparenz-Regelung dürfe nicht zu hoch sein. Die im Postulat erwähnte Idee, die Parteien und Komitees sollten ihre Geldflüsse von einem Treuhandbüro überprüfen lassen, gehe wohl zu weit, so Fries. Eine Selbstdeklaration genüge. (rk)

## Parlament lehnt Rauchverbot auf Spielplätzen ab

**Stadt Luzern** Der Wunsch kam ursprünglich vom Kinderparlament der Stadt Luzern: Ein Verbot, auf öffentlichen Spielplätzen zu rauchen. Die CVP brachte das Anliegen per Postulat ins Stadtparlament. Dieses entschied nach einer langen und angeregten Diskussion, den Vorstoss abzulehnen. Die Pro- und Kontra-Argumente gingen quer durch die politischen Lager.

Einigkeit herrschte in der Feststellung, dass das Wegwerfen von Zigarettenstummeln auf Spielplätzen ein No-Go ist. Doch dies ist schon verboten und wird über das Littering-Gesetz geahndet. Das Problem sei, dass die Busse dafür mit 40 Franken zu tief sei und zu selten ausgesprochen werde, fand etwa Oliver Heeb (SVP). Er würde eine massive Erhöhung der Bussen begrüssen – etwa auf 300 Franken wie im Kanton Aargau.

### «Eltern haben eine Vorbildfunktion»

Ob auch das Rauchen selber verboten werden soll, wurde kontrovers diskutiert. Für Agnes Keller (CVP) ist klar, dass Raucher auf Spielplätzen nichts verloren

haben. «Es gibt Eltern, die vielleicht nicht in der Wohnung rauchen, dies aber draussen auf dem Spielplatz nachholen. Doch Eltern haben auch eine Vorbildfunktion.»

«Den Kindern stinkt's», fand auch Sandra Felder (FDP). Martin Abele (Grüne) hingegen wehrte sich gegen eine «Überreglementierung des öffentlichen Raums». Parteikollege Christian Hochstrasser fand explizit: «Es ist überhaupt kein Problem, auf einem Spielplatz zu rauchen.»

### Stadtrat plädiert für mehr Eigenverantwortung

Die SP gab zudem zu bedenken, dass viele Spielplätze Teil von öffentlichen Grünanlagen sind, auf denen Erwachsene selbstverständlich rauchen dürfen. Die Abgrenzung, wo der Spielplatz beginnt, sei oft unklar – beispielsweise im Vögeliärtli.

Nicht nur das Parlament, auch der Stadtrat lehnt ein Rauchverbot auf Spielplätzen ab. Stadtrat Adrian Borgula (Grüne) plädierte für «weniger Verbote und mehr Eigenverantwortung». (rk)

## GLP verlangt «Airbnb-Lizenz»

**Tourismus** Wer in der Stadt Luzern Wohnungen oder Zimmer an Touristen vermietet, soll künftig eine Lizenz erwerben müssen. Das fordert die GLP in einem Postulat, das sie gestern im Stadtparlament eingereicht hat. Das hätte insbesondere für Anbieter von Airbnb-Angeboten Konsequenzen: Sie müssten sich zwingend bei der Stadt registrieren und eine Vermietungslizenz beantragen. Diese soll mindestens 500 Franken pro Jahr kosten und für maximal fünf Jahre gültig sein. Die Vermieter wären verpflichtet, ihre Lizenz-Nummer an der Wohnungstür anzubringen. Zudem soll die Liste der einzelnen Vermieter bei der Stadt öffentlich einsehbar sein.

Mit der Registrierungsspflicht will die GLP die boomende Privatangebote in geordnete Bahnen lenken. Geht es nach der Partei, soll die Registrierungsspflicht ab 2022 gelten. Eine einzelne Lizenz könnte für maximal zehn Betten ausgegeben werden. Und juristische Personen sollen keine Lizenz erwerben dürfen. Wer gegen die Lizenzpflicht verstösst, soll mit drastischen Bussen rechnen müssen, fordert die GLP. (rk)